



Helmut Landsiedel  
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke  
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner  
stv. Fraktionsvorsitzender

Silke Jürgensen  
Ratsfrau

## Presseinformation

Nr. 49/2009 Kiel, 15. Juni 2009

Kieler Flughafengesellschaft (KFG)

### Effizienz sieht anders aus!

Zur Forderung des Landesrechnungshofs nach einem Ende der dauerhaften Subventionierung des Kieler Flughafens und angesichts zweier Kleiner Anfragen der FDP-Ratsfraktion zu diesem Thema erklärt der Fraktionsvorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel:

„Die Antworten auf unsere Anfragen zur KFG sind teilweise schon sehr verwunderlich:

- Da führt die Verwaltungsspitze noch im September 2008 aus, dass *„durch die weitere Ansiedlung von Unternehmen aus flughafennahen Branchen“* das Defizit der KFG gemindert werden soll.
- Im Mai 2009 erklärt die Verwaltungsspitze dann überraschenderweise, dass sich Ansiedlungen als schwierig gestalten, weil sich *„als hemmend heraus gestellt“* habe, dass die KFG *„selbst nur Pächter des Flughafengeländes ist und somit zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine langfristige Investitionssicherheit bieten kann“*.

Wenn der Verwaltungsspitze dieses Hemmnis schon im September 2008 bekannt war, wie kommt sie dann zur damals vollmundig formulierten Einschätzung, durch Ansiedlungen das KFG-Defizit mindern zu können?

Wenn sie jedoch erst jetzt in Beantwortung der zweiten Kleinen Anfrage zu dieser Erkenntnis gelangt ist, dann ist bei allem Respekt die Frage erlaubt, wie gut die Verwaltungsspitze über die KFG informiert ist!

Als vorläufiges Fazit ist festzuhalten, dass es wohl viel schwieriger als bislang angenommen ist, den städtischen Zuschuss zum Flughafen, der auch in 2009 über 700.000 € beträgt, mittel- bis langfristig wesentlich zu senken.

Die Kieler Steuerzahler wird das nicht erfreuen. Es ist keine originäre Aufgabe einer Kommune, einen - wie auch der Landesrechnungshof feststellt - regionalwirtschaftlich nahezu bedeutungslosen Flughafen zu subventionieren, zumal die knappen Gelder in weitaus sinnvollere Verwendungen gelenkt werden könnten.

Die FDP-Ratsfraktion fordert daher die Verwaltung auf, mit dem Land unverzüglich Gespräche aufnehmen, um gemeinsam eine Lösung für dieses Problem zu finden.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm  
Fraktionsgeschäftsführer